

Sperrvermerk bis 19.12.2011/18.00 Uhr  
Es gilt das gesprochene Wort.

### **Rede zur Einbringung des Doppelhaushaltes 2012/13**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die gute Botschaft vorweg: Wenn demnächst eine Rating-Agentur wie angekündigt die Bonität von Deutschland von Triple-A (AAA) herabstufen will, dann liegt das nicht an Offenburg.

Nach einem **schwierigen Doppelhaushalt 2010/11**, den wir Anfang 2010 mitten in der ersten Finanz- und Wirtschaftskrise beraten und beschlossen haben,

nach einem **außerordentlich guten Ergebnis 2010**, das überraschend von hohen Steuernachzahlungen dreier Offenburger Firmen geprägt war,

und nach einem jetzt absehbaren **Ergebnis 2011, das dank anziehender Steuern etwas über Plan und alles in allem auf Offenburger „Normalniveau“ liegen wird,**

legen wir Ihnen **heute** einen ausgeglichenen Haushalt für die Jahre 2012 und 2013 sowie einen Ausblick für 2014 und 2015 vor, der passt, wie ein guter Anzug passen sollte:

Es kneift nichts, es zwickt nichts, **aber** ein paar Kilo zunehmen sollten wir auch nicht! Auch handelt es sich nicht um das edelste Tuch eines britischen Edel-Schneiders, aber auf eine gute und langlebige

Qualität und die richtige Passform legen wir in Offenburg wert, wenn Sie mir dieses Bild erlauben.

Auch wenn es kein Kommunal-Rating gibt: Offenburg hätte wohl das Triple-A, denn seit mehr als einem Jahrzehnt kommen wir mit unserem Geld aus. Das ist die einfache Botschaft jenseits aller Finanzmathematik.

Der Entschuldungskurs wurde auch in vergangenen, schwierigen Zeiten gehalten und mit einem **Bruttoinvestitionsprogramm von rund 50 Mio. EUR** tun wir in den nächsten 4 Jahren viel für unsere Infrastruktur und auch die Unternehmen und Handwerker der Region bekommen gute Aufträge.

Zu guter Letzt wollen wir erkennbare Risiken abschirmen, um auch noch in zwei Jahren handlungsfähig zu bleiben, falls die unseres Erachtens sehr optimistischen Prognosen der letzten Steuerschätzung so doch nicht zutreffen.

Wir halten es mit Mark Twain, der gesagt hat: *„Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen“*.

Wenn Sie sich nur die letzten drei Jahre anschauen, wird deutlich, dass dieser hintergründige Satz seine Berechtigung hat. Weder den tiefen Absturz durch die Finanz- und Wirtschaftskrise noch die schnelle Erholung in Deutschland von dieser Rezession wurden auch nur ansatzweise von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten vorhergesagt. Diese Erfahrung macht uns vorsichtig und vielleicht sogar noch etwas vorsichtiger als früher.

Natürlich ist es mit Bewertungen – oder wie es heute eben heißt „Rating“ - so eine Sache. Solange man auf der Sonnenseite steht, betrachtet man dies wohlwollend und nimmt die positiven Auswirkungen gerne an. Steht man auf der anderen Seite, dann wird es schon

wichtiger zu hinterfragen, wie es zu solchen Einschätzungen kommt. Und da bleibt doch vieles arg im Dunkeln.

Um nicht missverstanden zu werden: Sicher ist es richtig, dass haushaltspolitische Fehlentwicklungen und Schief lagen benannt werden und die innereuropäischen Verflechtungen waren noch nie so groß wie heute. Die Situation in Griechenland oder Italien kann die Finanzlage deutscher Kommunen nachhaltig beeinflussen. Aber ob die drei großen US-Rating-Agenturen die Richtigen sind mit ihrer sehr spezifischen Perspektive „Urteile“ über Europa zu fällen, darf bezweifelt werden.

Unstrittig ist dagegen: **ein** Kern des Problems - die Verschuldung der Staaten, der Länder, der Kommunen - muss auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden. Was wir im kleinen Offenburg Ende 1999 für uns praktisch angepackt haben – und nicht nur geschwätzt haben – ist heute Alltagswissen. Die Einigung der EURO-Länder auf eine Schuldenbremse und automatische Sanktionen sind zweifelsfrei Schritte in die richtige Richtung.

Und was andere Länder derzeit wirklich schmerzhaft erleiden, haben wir in Deutschland zu einem Teil schon hinter uns. Die Agenda 2010 war harter Streitgegenstand und hat auch eine Regierung den Kopf gekostet, so wie wir es gerade reihenweise in Europa erleben. Aber sie hat grundsätzlich den richtigen Prozess eingeleitet. Übrigens nur **eingeleitet**, keineswegs vollendet. Das sollte man mit Blick auf Haushaltspolitik in den kommenden Jahren durchaus erwähnen.

Denn auch in Deutschland sind bei weitem nicht alle Hausaufgaben gemacht. Dabei geht es Offenburg und vielen Gemeinden in Baden-Württemberg vergleichsweise gut. Wir können unseren Haushalt gestalten, wir können über den Neubau eines Schwimmbads diskutieren und müssen nicht über die Schließung streiten. Wer Einblicke in Städte und Gemeinden z.B. in Nordrhein-Westfalen oder Nieder-

sachsen erhält, die heute nur noch mit Haushaltssicherungskonzepten und Kassenkrediten unter der Kuratel der Rechtsaufsichtsbehörde agieren können, der wird aus unserer mittelbadischen Sicht plötzlich ganz leise. Auf diesem Hintergrund sind Steuersenkungen, wie sie die Bundesregierung für 2013/14 plant, statt einer weiteren Stärkung der kommunalen Finanzkraft, um die wichtigsten Aufgaben erfüllen zu können, einfach unverantwortlich. Ich hätte auch nichts dagegen, wenn es ein Sonderprogramm für das eine Viertel der Kommunen geben würde, dem es am schlechtesten geht. Denn das sind nicht alles hausgemachte Probleme, sondern es geht vor allem um strukturelle Unterschiede.

Wir in Offenburg können mit einem disziplinierten Haushalts- und Entschuldungskurs nur ein kleines Scherflein zu einem soliden Kurs beitragen. Aber, das was wir können, sollten wir auch tun. Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf setzt unsere bisherige Haushaltspolitik fort und lässt sich im Kern in fünf Grundsätzen zusammenfassen:

1. Wir bieten unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen **Verlässlichkeit** durch weiterhin stabile Steuersätze, ohne dass dadurch eine gute Infrastruktur oder unsere Leistungen in Frage gestellt werden müssen.
2. Wir **investieren** in alles Notwendige und bringen auch dringend Wünschenswertes auf den Weg, ohne wirklich alle Wünsche erfüllen zu können.
3. Wir **wachsen moderat** im laufenden Etat, also den Budgets, ohne dabei zur Finanzierung einseitig zu sehr auf konjunkturelles Wachstum zu setzen.
4. Wir **bauen Schulden** ab, ohne auf wirklich wichtige Investitionen oder Leistungen zu verzichten.

5. Wir **sorgen vor**, ohne unseren Handlungs- und Entscheidungsspielraum einzuschränken, nein wir behalten diesen.

Nachfolgend werde ich diese fünf Punkte näher beleuchten. Wie gewohnt wird Herr Kopp im Anschluss die wichtigsten Zahlen und Entwicklungen – auch grafisch aufbereitet - vorstellen.

## **1. Kommunale Steuern**

Nun zum ersten Punkt – die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen:

Seit nunmehr fast 20 Jahren haben wir einen stabilen Gewerbesteuerhebesatz von 380 vH, den wir auch für die nächsten vier Jahre vorschlagen – ein Vierteljahrhundert Stabilität! Mittlerweile liegen wir übrigens im interkommunalen Vergleich in unserer Vergleichsgruppe mit dem Hebesatz sogar leicht unterhalb des Durchschnitts.

Nach dem außerordentlichen Ergebnis 2010 rechnen wir bei der Gewerbesteuer für 2011 mit 45 Mio. EUR und werden damit - Stand heute - den Planansatz von 46 Mio. EUR nicht ganz erreichen. Wenn wir einmal das Ausnahmejahr 2010 mit den Nachzahlungen außer acht lassen, war auch rückblickend ein Planansatz von 46 Mio. EUR – den wir auch für die nächsten Jahre vorschlagen – durchaus ein ambitioniertes Ziel. Wir sind also zufrieden und für die absehbare Zukunft noch höher zu pokern, verbietet uns das Gebot der Vorsicht.

Die Grundsteuer und alle übrigen Steuersätze sollen ebenfalls stabil bleiben, deshalb können wir hier in den nächsten Jahren auch nicht mit nennenswerten Mehreinnahmen rechnen.

Stabilität, lange Entwicklungslinien und Verlässlichkeit sind für uns wichtiger, statt jedes Jahr nach „Kassenlage“ Steuersenkungs- oder Erhöhungsdebatten zu führen.

## 2. Entwicklungen der Investitionsplanung

Zweitens: Dass Investitionen in unsere Infrastruktur nicht vernachlässigt werden, zeigt unser mehrjähriges Maßnahmenprogramm mit **Bruttoinvestitionen** von rund 50 Mio. EUR – das bereits im Nachtrag 2011 beschlossene Darlehen an die Hochschule Offenburg – weil es ja zurückfließt – lasse ich hierbei außer acht.

Nach Abzug von Zuschüssen müssen wir hiervon rund **39 Mio. EUR selber finanzieren bzw. pro Jahr knapp 10 Mio. EUR**. Wenn man noch Maßnahmen hinzurechnet, die aus technischen Gründen in den Ergebnishaushalt verlagert wurden, wie z.B. das Brückensanierungsprogramm, dann liegen wir sogar deutlich über 40 Mio. EUR.

Im Rahmen der HSK III hatten wir damals einen Investitionskorridor von 8 bis 10 Mio. EUR als dauerhaft leistbar angesehen. Das gilt auch heute noch, **wir liegen also mit diesem Entwurf eher am oberen Rand**. Wir halten dies für vertretbar, da wir mit der von Ihnen in diesem Jahr beschlossenen Bad-Rücklage im Jahr 2015 die erste Eigenkapitalzuführung an die TBO mit 10 Mio. EUR nicht aus dem laufenden Etat finanzieren müssen.

Und damit ist auch schon der **erste Investitionsschwerpunkt** der nächsten Jahre genannt. Der Neubau eines Kombibades – ob nun an der Stegermattstraße oder am Gifzsee – macht schon deutlich, dass wir in den nächsten fünf Jahren neben der „Pflicht“ auch noch eine sicher wichtige und notwendige Maßnahme angehen können, die bei den meisten andere Kommunen wegen der Kassenlage eher unter der Rubrik „derzeit nicht möglich“ laufen würde.

Bei uns ist es eher die Frage: **Wie viel Bad wollen wir uns leisten?** Allerdings – und das ist unser Vorteil – sprechen wir als größte Stadt

der Ortenau auch nur von **einem** Bad! Da waren unsere Vorgänger schon sehr vernünftig.

Und wie erste Leserbriefe zeigen, können die Ansichten darüber, was sinnvoll ist, weit, weit auseinander liegen. Es war deshalb richtig, über **zwei** Machbarkeitsstudien zuerst einmal ein objektives Bild aus der Sicht Dritter zu bekommen, was das richtige Bad für Offenburg sein könnte. So muss es übrigens nicht unbedingt kommen. Wir stehen hier erst am Anfang eines Entscheidungsprozesses und wir drei Dezernenten freuen uns wirklich auf viele anregende Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern und hier im Rat zu einem, wie wir meinen, schönen Projekt.

Der mit einem Volumen von fast **12 Mio. EUR** brutto größte Investitionsschwerpunkt bildet einmal mehr die Sanierung unserer **Schul- und Sportinfrastruktur**, also von Schulgebäuden, Sporthallen und Sportanlagen, zusammengefasst im Teilhaushalt 13.

Alleine mit 2,7 Mio. EUR brutto – für das Stadt allerdings nur mit 1,3 Mio. EUR netto - schlägt die Übernahme und Sanierung der **DJK Sporthalle** zu Buche.

Sicher kann man das Projekt und die Kosten hinterfragen. Wir haben die Fakten präzise im Sportausschuss dargestellt und diskutiert und haben auf den Absetzungsantrag der Grünenfraktion mit einem ausführlichen Brief geantwortet, der den Grad der derzeitigen Kostenschätzung noch einmal präzisiert. Damit wollen wir heute zur Sitzungsökonomie beitragen. Für den jetzt zu treffenden Beschluss sind die erforderlichen Tatsachen offengelegt.

Wenn man allerdings ein wenig indirekt die generelle Marschrichtung hinterfragt, dann müsste man die Frage beantworten: Was ist die Alternative? Soll man die Halle schließen und später abreißen? Ein Verein hat hier über Jahrzehnte mit viel Herzblut eine eigene Halle

zuerst gebaut und dann betrieben. Sportliche Erfolge gaben diesem Konzept über lange Zeit recht. Der Ortenaukreis als „Ankermieter“ hat auch in den vergangenen Jahrzehnten einen wichtigen Finanzierungsbeitrag geleistet und hat sich unter unserem Einfluss noch einmal für 15 Jahre gebunden und einer signifikanten Mieterhöhung zugestimmt.

Freuen wir uns doch darüber, dass ein Verein durch Eigeninitiative und unzählige freiwillige Einsatzstunden seiner Mitglieder hier über Jahrzehnte die Stadt mehr entlastet hat als andere Vereine. Sicher hat die DJK in diesen 30 Jahren auch Fehler gemacht, nur, wer ist ohne Fehler?

Und für die Zukunft ist nicht nur der Schulsport des Kreisschulzentrums gesichert und natürlich auch vom Kreis bezahlt, sondern die DJK kann ihre gute Arbeit fortsetzen – muss übrigens auch über das Hallenmanagement ihren erkennbaren Beitrag weiter leisten.

Oben drauf bekommt der Offenburger Sport die sehnlichst erwünschte zuschauer- und wettkampftaugliche zusätzliche Sporthalle. Nüchtern formuliert: Es gibt Projekte mit einer schlechteren Aufwands-Nutzen-Relation! Empathisch: Es ist richtig, dass wir den Überlebensring auswerfen.

Weitere wichtige Projekte sind die Sanierung der **Sporthalle des Schillergymnasiums mit 1,4 Mio. EUR** und die lang ersehnte Sanierung der **Sporthalle in Rammersweier mit 1 Mio. EUR**, die letzte ältere Halle, die wir nun auf Vordermann bringen werden, nachdem wir in den letzten zwei Jahren mit Hilfe des Konjunkturpakets II insgesamt fünf Hallen erfolgreich saniert haben.

Keine ganz große, aber sehr wichtige Position sind die **Baukostenzuschüsse an die Sportvereine** für Sporthäuser- und Sportanlagenanierungen. Wir schlagen Ihnen hier vor, den jährlichen Ansatz



von bisher 47 TEUR auf 100 TEUR mehr als zu verdoppeln. Wir könnten dann den Wünschen der Vereine, schneller entgegen kommen und in gleicher Zeit mehr Maßnahmen realisieren. Gut angelegtes Geld, zumal aus jedem kommunalen EURO zwei EURO tatsächliche Investition werden.

Für 2014 schlagen wir den Bau von drei weiteren **Kunstrasenplätzen** vor, beim SC Offenburg, beim FV Zell-Weierbach und beim FV Rammersweier will die Stadt rund 500 TEUR investieren. Rammersweier hat eine feste Zusage und SCO und FV Zell-Weierbach zeichnen sich durch eine außergewöhnlich breite Jugendarbeit aus und benötigen deshalb beide dringend eine Verbesserung ihrer Platz- und Trainingssituation. Durch das parallele Vorgehen erhoffen wir uns Kostenvorteile, nebenbei auch die Vermeidung von Neiddiskussionen. Die Stadt kann ihren Anteil auf rund die Hälfte der Kosten begrenzen, wenn wir auch auf Basis von Informationen des Badischen Sportbundes in den letzten Tagen festgestellt haben, dass wir die Finanzierung nochmals neu justieren müssen. Damit kommen wir in der zweiten Haushaltsrunde.

Ein Solitärprojekt in Offenburg ist bislang das **Bildungshaus Zunsweier** mit einem Aufwand von brutto 1,1 Mio. EUR, weil es wirklich **ein** Bildungshaus unter **einem** Dach wird. Wir realisieren, was wir im Rahmen der Diskussion um die Bildung der Werkrealschulen versprochen haben.

Für die Bildungschancen der Kinder ist dieses Projekt viel bedeutungsvoller als die Alternative, ob die Klasse 7-10 im eigenen oder im Nachbardorf angesiedelt sind.

Das Gleiche gilt übrigens für **Bohlsbach**, wo die **gebundene Ganztagesgrundschule** im September erfolgreich gestartet ist. Die dortige Baumaßnahme ist bis auf das Außengelände abgeschlossen. Die

Ganztagesgrundschule bringt dem ganzen Norden von Offenburg ein erweitertes Angebot.

Ich werde im Land vielfach ungläubig angeschaut, dass wir in Offenburg ohne parteipolitisches Gezänk **acht gebundene Ganztages-schulen an den Start gebracht haben**. Das glauben auch Dezerenten **größerer** Städte kaum. Offenburg hat zwischen 2008 und 2011 wirklich „Schule gemacht“. Auf dieser Linie liegt auch die Neuordnung des Schul- und Vorschulbereichs im Gottswald und die dann folgende Installation **einer Kita für 1-6jährige in der bisherigen Schule Bühl**. Noch bringen wir alle Schulgebäude, die frei werden, in optimaler Weise neu unter Dampf.

Vorgesehen ist auch ein weiterer Sanierungsschritt in der **Georg-Monsch-Schule**, wie von der Oberbürgermeisterin zugesagt. Über 600 TEUR werden in den Fensteraustausch und weitere Maßnahmen in Abstimmung mit der Schule investiert. Dies alles kann unabhängig von den Ergebnissen der Zukunftswerkstatt Oststadt, die im Januar anläuft, durchgeführt werden.

Ein großer Investitionsschwerpunkt mit brutto **8,7 Mio. EUR** stellen die Maßnahmen der **Sanierungsprogramme Nordweststadt „Die Soziale Stadt“ und „Mühlbach“** dar sowie **Straßenbaumaßnahmen mit 5,5 Mio. EUR**. Das Sanierungsprogramm für die Nordweststadt wird 2014 auslaufen – parallel hierzu wird das Sanierungsprogramm Mühlbach Fahrt aufnehmen.

Um die Zuschussmittel zu sichern, war es wichtig, bereits frühzeitig in 2012/13 dem Zuschussgeber zu signalisieren, was wir tun möchten. Dementsprechend sind diese beiden Jahre ordentlich dotiert – im Vollzug sind jedoch Verschiebungen auf der Zeitachse denkbar – das kennen Sie bereits aus den Vorgängerprogrammen. Inhaltlich geht es schwerpunktmäßig um Straßenbauprojekte, Ordnungsmaß-

nahmen im Hochbau, Förderung des Mietwohnungsbaus und Förderung von Sanierungsmaßnahmen.

In diesem Zusammenhang verdient auch die in Planung befindliche **Kita im Mühlbachareal** mit einem städtischen Aufwand von mindestens 1,2 Mio. € Erwähnung. Sie ist der Startschuss für die Infrastruktur des Mühlbachareals, wir werden gleichzeitig das Angebot für die unter 3jährigen in der Innenstadt nochmals verbessern und wir lösen den in die Jahre gekommenen Ölbergkindergarten ab. Der kath. Kirche sind wir dankbar für ihr Engagement und Bundeszuschüsse wollen wir auch noch mitnehmen.

Im Teilhaushalt 11 – **Verkehr** – liegen auch in diesem Jahr die wünschenswerten Maßnahmen über unseren finanziellen Möglichkeiten. Die Prioritätensetzung der Verwaltung hat aber dazu geführt, dass in aller Regel im mittelfristigen Maßnahmenprogramm mindestens eine der **von den Ortsteilen angemeldeten Straßenbaumaßnahmen** auch realisiert werden kann – ohne dass ich jetzt daraus eine Regel machen will.

Selbstverständlich wird in 2012 wie versprochen die **St. Sixtus-Straße** in Zunsweier, die 2010 dem Spardiktat zum Opfer fiel, realisiert. Ebenfalls in 2012 soll ein erster Bauabschnitt zur Sanierung der **Platanenallee** für rund 500 TEUR umgesetzt werden. Und auch der viel diskutierte **Kreisel in Rammersweier** kommt.

Dass im **Verkehrsbereich ein Investitions- und Sanierungsprogramm von fast 10 Mio. EUR** angegangen werden kann – davon 5,5 Mio. im Investitionshaushalt und 4 Mio. EUR Sanierungsmittel im Budget von Fachbereich 6 – ist letztlich nur möglich, weil für die **Unionbrücke** eine für die Stadt und den Steuerzahler kostengünstige Lösung gefunden wurde, die den aktuellen Planungszeitraum massiv entlastet hat. Hier gilt noch einmal unser aller Dank dem zuständigen Fachbereich und den engagierten Ingenieuren und Planern, die die

Idee entwickelt und für den fließenden Verkehr so schonend umgesetzt haben. Es sind ja schon Stimmen aufgekommen, die fragen, ob wir die Brücke überhaupt brauchen.

Ich will wenige Sätze zur lang umstrittenen **Umfahrung von Waltersweier** sagen. Wir haben ja letzte Woche schon einen Vorge-schmack in der Zeitung gelesen: Es macht keinen Sinn, diese Maß-nahme weiterhin auf einer virtuellen Sonderliste neben den Stufen I bis III des Maßnahmenprogramms her zu schleppen. Wir meinen, die Sache muss jetzt zeitnah entschieden werden. Die Oberbürger-meisterin persönlich und der Baubürgermeister werden noch im 1. Quartal 2012 das Gespräch mit der Ortschaft suchen und die ver-kehrliche Einschätzung der Verwaltung darlegen. Natürlich wird auch noch einmal gewichtet, welche Bindungen sich aus dem Eingliede-rungsvertrag der siebziger Jahre ergeben. Ich will heute nicht tief in die Sache einsteigen, aber ich darf doch daran erinnern, dass jede einmal in Aussicht gestellte Maßnahme sich an den aktuellen und neuen Erkenntnissen messen lassen muss. Was vor 40 Jahren rich-tig war, muss heute nicht zwingend richtig sein. Aber eines ist auch klar: Entscheiden wird der Gemeinderat und nicht die Verwaltung.

### **3. Entwicklung des Ergebnishaushaltes**

Drittens: Neben diesem anspruchsvollen Investitionsprogramm gibt es in diesem Jahr nach Jahren der Stagnation auch **Steigerungen der laufenden Etats**, also der Budgets unserer Fachbereiche und der Ortsteile. Die Zuschussbudgets 2012 sollen gegenüber dem Vor-jahr – ohne die neutralen Umschichtungen aus dem Investitionsetat - um etwas über **3 Mio. EUR** steigen.

Nicht von uns beeinflussbar sind die zu erwartenden **tariflichen Einkommenssteigerungen**, die wir alleine für 2012 mit rund 700 TEUR kalkulieren.

Es bleiben rund 2,6 Mio. EUR, die ebenfalls zu einem großen Teil zwangsläufig oder die Folge bereits von Ihnen gefasster Beschlüssen sind.

So schlagen alleine die **Energiepreissteigerungen** pro Jahr mit 400 TEUR zu Buche. Hier hätten wir übrigens knapp 50 TEUR sparen können, wenn wir statt auf Strom aus regenerativen Quellen den normalen „Graustrom“ hauptsächlich aus Atom- und Kohlekraftwerken gewählt hätten. In Übereinstimmung mit Ihren früheren Beschlüssen haben wir wieder die regenerative Variante gewählt, die angesichts der Klimaschutzziele mittlerweile fast zwingend ist.

Zusätzliche Erzieher- und Erzieherinnenstellen wie auch die entsprechenden zusätzlichen Zuschüsse für die freien Träger sind erforderlich, um den Orientierungsplan umzusetzen und die **Kinderbetreuung der unter 3-jährigen** weiter auszubauen. Hier geben die vom Gemeinderat beschlossenen Personalfaktoren für den Vorschulbereich den Takt vor.

In Offenburg gibt es stadtweit weiterhin genügend Plätze und mit unseren Baumaßnahmen sorgen wir dafür, dass dies so bleibt. Das ist in Deutschland keineswegs überall selbstverständlich. Wenn eine Familie allerdings ausschließlich einen Platz in einer **bestimmten** Einrichtung wünscht, dann kann es auch bei uns sein, dass einige Monate gewartet werden muss.

In der Konsequenz haben wir übrigens in Offenburg das Ziel der Bundesregierung für 2013 bereits heute erreicht. **Rund 1/3 der unter Dreijährigen besuchen bei uns eine Kinderkrippe oder eine Kindertagesstätte.** Und die Nachfrage steigt weiter.

Wir sind hier in den letzten zehn Jahren mit Millionenbeträgen in Vorleistung gegangen und es wäre längst die Pflicht des Landes gewesen, den Kommunen hierfür eine adäquate finanzielle Ausstattung zu

geben. Sie kennen mittlerweile den Fachausdruck „Konnexität“ – oder wer bestellt, bezahlt.

Ich bin deshalb sehr froh, dass die neue Landesregierung - ohne zu taktieren - gehalten hat, was andere über Jahre verweigert haben. Als eines der ersten greifbaren Projekte der Koalitionspartner in Stuttgart wurde die Finanzierung der Kinderbetreuung der ganz Kleinen geregelt – und das ohne wenn und aber. Die Landesregierung hat die nicht populäre Erhöhung der Grunderwerbsteuer mit dem **Ziel des Ausbaus der Kinderbetreuung** verknüpft. Für uns alle war am Ende überraschend, dass die vollen Mehreinnahmen von rd. **350 Mio. EUR** pro Jahr tatsächlich an die Kommunen weitergegeben werden. Das hat es selten gegeben! Die langjährige kommunale Forderung nach einer Drittfinanzierung der Schulsozialarbeit wurde ebenfalls in diesem Zuge erfüllt.

Und, meine Damen und Herren, es geht um viel!

Offenburg setzt bislang für die Vorschulbildung und -betreuung jedes Jahr originäre städtische Mittel von fast 10 Mio. EUR ein oder wie es im besten NKHR-Deutsch heißt: der jährliche Nettoressourcenbedarf für die „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“ - beträgt rund 10 Mio. EUR.

Übersetzt heißt das: Dies sind die tatsächlichen bei der Stadt verbleibende vollen Kosten. Die Kindergartengebühren der Eltern (rund 1,5 Mio. EUR), die bisherigen Landesmittel aus dem Finanzausgleich (rund 4,5 Mio. EUR) und die Leistungen der anderen Träger (auch weit über 1 Mio. EUR) sind da bereits abgezogen.

Durch die zusätzliche Förderung werden wir eine Entlastung von **3 Mio. EUR pro Jahr** erfahren. Es bleibt immer noch ein städtischer Aufwand von rd. 7 Mio., der auch sehr schnell wieder steigen wird. Zum einen ist die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen un-

gebrochen und zum zweiten schlagen hier kontinuierlich die Steigerungen der Personalkosten zu Buche.

Doch die zusätzlichen 3 Mio. EUR kommen gerade zum richtigen Zeitpunkt. Sie senken unseren Aufwand in diesem Bereich auf ein vertretbares Maß und schaffen damit Finanzierungsspielraum für andere zwangsläufige oder beschlossene Mehrausgaben, ohne dass wir hier zur Finanzierung auf zusätzliche Steuereinnahmen durch Wachstum hoffen oder gar in eine Steuererhöhungsdebatte einsteigen müssen.

Dazu gehören zum Beispiel die Mehrkosten für die Ganztagschulen im Grundschul- und im Werkrealschulbereich, die alles zusammen einen Umfang von fast 1 Mio. EUR jährlich ausmachen.

Auch geht es zum einen um eher kleinere Positionen wie z.B. die Ergänzung des Winterdienstkonzepts oder die Verbesserung der Sportförderrichtlinien. Aber auch größere Positionen wie z.B. der Aufwand für die Essensversorgung in den Schulen und Kitas mit aktuell über 1.300 Essen pro Schultag gehören dazu.

Mit rund **zehn haushaltswirksamen zusätzlichen Stellen** (ohne die eben erwähnten Erzieherstellen, die besonderen Regeln unterliegen) schlagen wir Ihnen nach vielen Jahren der Personalreduzierung eine Ausweitung dort vor, wo zusätzliche Leistungen, Quantitäten oder Inhalte erbracht werden. Lassen Sie mich dies an wenigen Beispielen erläutern:

Wenn wir in den letzten Jahren den Personalbestand in unseren Kindertageseinrichtungen fast verdoppelt haben, dann verursacht dies im Bereich der **Personalverwaltung** erheblichen zusätzlichen Aufwand, der durch unsere kindbezogene Personalbemessung auch noch verstärkt wird. Dieses Verfahren mit vielen, vielen Vorteilen hat an dieser Stelle auch seinen Preis.

Ein anderes Beispiel ist der zusätzliche Personalbedarf bei unserer **Schulverwaltung**. Die enormen Anforderungen durch Ganztags-schulen und die Mensen, durch die neu gebildeten Werkrealschulen lassen sich nicht dauerhaft mit demselben Personalstand sachgerecht bearbeiten.

Auch im **IT-Bereich** ist nach dem massiven Ausbau unserer Technik und langen Jahren, in denen personell nicht reagiert wurde, eine moderate Stellenanhebung unseres Erachtens unumgänglich.

Und zuletzt können wir kein **Klimaschutzkonzept** realisieren, ohne die personellen Voraussetzungen zu schaffen. Ich darf Ihr Augenmerk auf die Anlage 8 lenken, die u.a. Gegenstand der Klimaschutzklausur Anfang Februar sein wird.

#### **4. Schuldenabbau**

Viertens: Trotz des dargestellten ambitionierten Investitionsprogramms, trotz der genannten Kostensteigerungen sowie der wachsenden Leistungen und der damit steigenden Zuschussbudgets werden wir selbstverständlich auch in den nächsten vier Jahren unseren **Entschuldungskurs** weiter führen. Das war die Voraussetzung für den dargestellten Kurs.

Wir wollen Kredite i.H.v. 14,5 Mio. EUR tilgen. Unser Schuldenstand wird Ende 2015 dann noch 11,1 Mio. EUR betragen – damit sind wir dann unserem Entschuldungsziel schon sehr nahe oder genauer gesagt 1,1 Mio. EUR näher als ursprünglich geplant. Denn wir schlagen Ihnen vor, 2013 die Chance zu nutzen und ein auslaufendes Darlehen nicht neu aufzunehmen, sondern es zurückzuzahlen, da wir nach heutigem Stand die Liquidität dafür besitzen. Kommt es anders, könnten wir immer noch kurzfristig neu entscheiden.



## 5. Vorsorgekonzept

Und fünftens: Diese Sondertilgung ist der erste von insgesamt **drei Bausteinen unseres Vorsorgekonzepts**, mit dem wir die aus unserer Sicht zu optimistischen Erwartungen an das konjunkturelle Wachstum der Steuereinnahmen und sonstige Risiken abfedern wollen.

Der größte Baustein verbirgt sich hinter dem Begriff „**Tilgungsfonds**“, der als Schwankungsreserve für die Jahre 2014 und 2015 mit 12 Mio. EUR im Entwurf dotiert ist. Warum tun wir das?

Der aktuelle Haushaltserlass geht insbesondere für die Jahre 2014 und 2015 von starken Steigerungsraten beim Gemeindeanteil der Einkommenssteuer aber noch von viel höheren Steigerungen bei den Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs aus. Hintergrund sind wohl sehr optimistisch kalkulierte Entwicklungen bei den Gemeinschaftssteuern und bei der Gewerbesteuer – beide Positionen sind maßgebend für die Ausstattung des Finanzausgleich-Topfes. Herr Kopp wird nachher darstellen, um wie viel Millionen es hier geht. Deshalb an dieser Stelle nur eine Zahl, um deutlich zu machen, warum wir hier ein Problem sehen und Vorsorge für unumgänglich halten.

Die Zuweisungen an die Stadt aus dem **Finanzausgleich** sollen in den Jahren 2014/15 im Schnitt um 25 % höher sein als in unserem „Normaljahr“ 2011. Gleichzeitig sollen aber unsere Einzahlungen in den FAG-Topf auf etwa gleichem Niveau verharren. Gerade auch im Hinblick auf die Risiken, die sich aus der EURO-Krise noch ergeben können, erscheint uns das eine nicht realistische Sichtweise. Und erst letzte Woche haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute noch einmal die Aussichten für 2012 nach unten, auf ein Miniwachstum von 0,4 bis 0,5 % korrigiert – im Herbst waren es 0,8 und Sommer sogar 2 % - so schnell ändert sich momentan die Welt. Zu-

dem wurde auch dieses Miniwachstum relativiert, sollte es im Zuge der EURO-Krise zu weiteren Eskalationsstufen kommen.

Deshalb schlagen wir Ihnen vor, rund 2/3 der nur den guten Prognosen geschuldeten und erhofften Mehreinnahmen in 2014/15 heute nicht schon zu verplanen, sondern vorläufig in diesem Tilgungsfonds zu parken – das sind 12 Mio. EUR. Diese Mittel reichen aus, alle Verbindlichkeiten und Zinsverpflichtungen ab 1.1.2016 in einem Akt zu bedienen. Mit dem Tilgungsfonds behalten wir aber **für jede Konstellation unsere Handlungsfreiheit.**

Sollte sich unsere eher kritische Einschätzung bestätigen, haben wir nicht schon Geld verplant, das wird dann mühsam durch das Streichen bereits beschlossener Maßnahmen wieder kürzen müssen.

Sollten sich aber die optimistischen Prognosen ganz oder teilweise realisieren - es könnte ja auch sein, dass die Damen und Herren in den Ministerien richtig prognostiziert und gerechnet haben - dann schlagen wir Ihnen vor, diese Mittel in die vorzeitige Entschuldung unserer Stadt zu investieren – deshalb die Bezeichnung „Tilgungsfonds“.

**Oder zugespitzt formuliert: Dieser Gemeinderat könnte dann in zwei Jahren mit dem Doppelhaushalt 2014/15 den finalen Beschluss für die komplette Entschuldung der Stadt Offenburg fassen.** Das wäre wirklich ein starkes Vermächtnis für den nachfolgenden Gemeinderat. Der neue Gemeinderat hätte dann bereits bei seinem ersten Doppelhaushalt, demjenigen für 16/17, einen zusätzlichen Spielraum von **jährlich rund 4,2 Mio. EUR.** Was immer auch damit dann angestellt wird .....

Hier wird zum ersten Mal am Horizont – zugegebenermaßen noch am entfernten Horizont – sichtbar, was unser seit 1999 verfolgtes Entschuldungskonzept bewirken könnte. Ich sage nicht, dass man

dann alles Geld in Mehrausgaben stecken sollte. Teilweise ist das denkbar, aber wir sehen gleichzeitig in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts weitere finanzielle Aufgaben für den Konzern Stadt Ofenbourg:

Im Rahmen des steuerlichen Querverbunds der TBO ist die Schlussfinanzierung der Messe bis Ende 2019 zu sichern und diese hängt - wir haben es seit 2003 immer wieder betont - nachhaltig von den Erträgen aus unseren Energiebeteiligungen ab. Diese sind nicht in Stein gemeißelt. Auch ist über das Kombibad in seiner Finanzierung mit der gesamten peripheren Infrastruktur noch nicht das letzte Wort gesprochen. Sicher kann man dann auch das vor Jahren erstmals in die Diskussion gebrachte Konzept eines „Pensionsfonds“ noch einmal diskutieren. Und zu guter Letzt, wenn diese Stadt dann wirklich das andere Ufer des Flusses erreicht hat, will man ja nicht beim ersten Gegenwind wieder in den Strom der Verschuldung einsteigen. Sie sehen, es gibt auch mittelfristig Aufgaben genug.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Mit dem Doppelhaushalt 2012/13 legen wir uns nicht endgültig fest. Mit diesem Konzept behalten wir die Handlungsoptionen in der Hand, um dann in zwei Jahren in Kenntnis der verfestigten Rahmendaten mit dem Doppelhaushalt 2014/15 die richtige Entscheidung zu treffen. Und auch dann gibt es kein schwarz/weiß: **Realistischerweise liegt der Termin für die endgültige Entschuldung der Stadt eben zwischen 2015 und 2019.**

Als **dritten Baustein** unserer Vorsorgestrategie möchte ich auf den sogenannten **Freien** Finanzierungsmittelbestand hinweisen – das ist die letzte Zeile unseres Gesamtfinanzhaushaltes (gehen Sie bitte auf S.5 der Vorlage). Dieser sog. „**Freie**“ Finanzierungsmittelbestand ist zu unterscheiden vom „**Finanzierungsmittelbestand laut Bilanz**“ drei Zeilen darüber. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Unsere Planung geht davon aus, dass wir (außer im Ausnahmejahr 2012) nie so eng werden, dass am Ende des Jahres hier nur noch eine Null steht oder gar ein Kassenkredit erforderlich ist. Als kleine Schwankungsreserve für sonstige Haushaltsabweichungen sollen Ende 2013 noch 2,2 Mio. EUR und Ende 2015 rd. 4,2 Mio. EUR auf der Habenseite unseres Kontos stehen. Auf die Zeitdauer von zwei bzw. vier Jahre gerechnet, sind das keine hohen Beträge, sondern ist das eher ein „Notgroschen“.

## **Schluss**

Meine Damen und Herren, wir bitten Sie uns in der Tradition früherer Haushaltsberatungen in den dargestellten fünf Grundsätzen zu folgen:

**Verlässlichkeit** durch stabile Steuer- und Abgabensätze

**Realisierung eines anspruchsvollen Investitionsprogramm**  
zum Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur

Moderat **wachsende Budgets**, die wir auch ohne optimistische Wachstumsszenarien dauerhaft finanzieren können

**Fortführung unseres Entschuldungskurses**

Und zu guter Letzt ausreichende **Vorsorgemaßnahmen**, um auch in schwierigen Zeiten die Handlungsspielräume zu erhalten.

Der weitere Fahrplan sieht vor, dass der Haushaltsentwurf in der ersten Januarhälfte in den Ortschaftsräten beraten wird. Hierzu erhalten Sie übrigens in den nächsten Tagen noch eine gesonderte Zusammenstellung aller Projekte, gegliedert nach den einzelnen Ortsteilen.

Die Fraktionsberatungen werden sich dann anschließen – Sie erhalten bis Ende Januar eine Übersicht und vorläufige Stellungnahme zu den Beratungsergebnissen der Ortschaftsräte.

Ihre Anträge erbitten wir bis 07.02.2012. Die auf alle Anträge und sonstigen Änderungen eingehende Verwaltungsvorlage erhalten Sie dann wieder Ende Februar, so dass genügend Vorbereitungszeit für die Hauptausschuss-Sitzung am 12. März 2012 bleibt. Die Verabschiedung ist in der Gemeinderatssitzung am 26. März 2012 vorgesehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf konstruktive Haushaltsberatungen.